



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

# EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 43/17 • 30.11.2017



## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

Am Montag haben Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft am Beispiel der Kreativwirtschaft in der Landesvertretung Brüssel relevante Themen und Aspekte der Umsetzung von regionalen Innovationsstrategien diskutiert. Sie haben dabei die Chancen und Herausforderungen der intelligenten Spezialisierung europäischer Regionen insbesondere im Kontext der Digitalisierung beleuchtet.

Dabei wurde deutlich: Sachsen-Anhalt weist bei vielen Themenbereichen ein hohes Innovationspotenzial auf. Sichtbar wird das in der Regionalen Innovationsstrategie, deren Kernanliegen darin besteht, innovationsaktive Unternehmen weiter zu stärken und gezielt Innovationspotenzial zu heben. Die dort herausgehobenen Querschnittsfelder Kreativwirtschaft und digitale Informations- und Kommunikationstechnologien wirken als Impulsgeber in alle Branchen hinein und sind unabdingbare Partner im digitalen Wandel der Wirtschaft.

PS: Noch bis zum 4. Dezember läuft das Online-Voting zum Europa.Medien.Preis.Sachsen-Anhalt 2017: [www.europamedienpreis.de](http://www.europamedienpreis.de)

Mit besten Grüßen

Dr. Henrike Franz  
Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der  
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT  
WIRTSCHAFTS- UND  
ENERGIE





# Inhaltsverzeichnis

<b><u>Vorwort</u></b> .....	<b>2</b>
<b><u>Aus den Institutionen</u></b> .....	<b>4</b>
• Europäische Kommission – Elektronischer Zahlungsverkehr	
• Europäische Kommission – Bericht zur Energieunion	
• Europäische Kommission – EU-Investitionsoffensive für Drittländer	
• Europäische Kommission – Die Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten	
• Europäische Kommission - Mitteilung zur GAP nach 2020 vorgelegt	
• Europäische Kommission – Konsultation zur Europäischen Arbeitsmarktbehörde und zur Europäischen Sozialversicherungsnummer	
• Lebensmittelsicherheit – Öffentliche Konsultation zu Pflanzenschutzmitteln und Pestizidrückständen	
• Umwelt – Öffentliche Konsultation zu Arzneimitteln in der Umwelt	
• Ausschuss der Regionen - Schneider stellt Arbeitsprogramm vor	
<b><u>Aus den Fachbereichen</u></b> .....	<b>10</b>
• Europäisches Semester - Wirtschaftliche und soziale Prioritäten für 2018	
• Frauen in Führungspositionen	
• EU und östliche Partnerländer vertiefen Beziehungen	
• rescEU -Neues europäisches System zur Bewältigung von Naturkatastrophen	
<b><u>Was, wann, wo</u></b> .....	<b>14</b>
• Europawoche 2018 - jetzt schon vormerken	
• Europa zu Gast in Sachsen-Anhalt – Study Visit der EU Service-Agentur	
• Rückblick: Herbsttreffen der Kooperationsplattform der EU-Akteure im Land	
• Deutsche Kontaktstelle bietet Informationen an - EU fördert auch Projekte von Bürgerinnen und Bürgern	
• Digitale Aspekte der intelligenten Spezialisierung europäischer Regionen: Das Beispiel der Kreativwirtschaft in Sachsen-Anhalt	
<b><u>Ausschreibungen</u></b> .....	<b>19</b>
• Europa.Medien.Preis Sachsen-Anhalt - Online-Voting	
<b><u>Kontaktbörse</u></b> .....	<b>20</b>
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<b><u>Büro intern / Tipp</u></b> .....	<b>22</b>
• GOEUROPE - Quizfragen	
<b><u>Ihr Kontakt zu uns</u></b> .....	<b>25</b>
<b><u>Impressum</u></b> .....	<b>26</b>



## Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Europäische Kommission – Elektronischer Zahlungsverkehr

Die Kommission hat am 27. November Vorschriften verabschiedet, die elektronische Zahlungen in Geschäften und im Internet sicherer machen sollen. Gleichzeitig sollen Verbraucher auch auf bequemere, kostengünstigere und innovativere Lösungen von Zahlungsdienstleistern zurückgreifen können. Mit diesen Vorschriften wird die unlängst überarbeitete EU-Richtlinie über Zahlungsdienste (PSD2) konkretisiert. Die aktuell verabschiedeten Vorschriften ermöglichen es den Verbrauchern, innovative Dienste von Drittdienstleistern, sogenannten FinTech-Unternehmen, zu nutzen und gewährleisten zugleich strikten Datenschutz und Sicherheit für Verbraucher und Unternehmen in der EU. Zu diesen Diensten gehören Zahlungslösungen und Instrumente zur Verwaltung der persönlichen Finanzen, mit denen sich Informationen aus verschiedenen Konten zusammenfassen lassen.



Ein wesentliches Ziel der PSD2 ist die Erhöhung der Sicherheit und des Vertrauens bei elektronischen Zahlungen. Mit der PSD2 werden die Zahlungsdienstleister insbesondere verpflichtet, eine starke Kundenauthentifizierung zu entwickeln. Die Vorschriften enthalten konsequente integrierte Sicherheitsbestimmungen, die den Betrug im Zahlungsverkehr erheblich eindämmen und die Vertraulichkeit der Finanzdaten der Nutzer schützen sollen, insbesondere bei Online-Zahlungen. Sie sehen eine Kombination aus mindestens zwei unabhängigen Elementen vor: kombiniert werden kann beispielsweise ein physischer Gegenstand – Karte oder Mobiltelefon – mit einem Passwort oder einem biometrischen Merkmal (z. B. Fingerabdruck). Erst dann kann eine Zahlung erfolgen.

Mit der PSD2 wird auch ein Rahmen für neue Dienste im Zusammenhang mit Verbraucherkonten geschaffen, z. B. die sogenannten Zahlungsauslösedienste und Kontoinformationsdienste. Diese innovativen Dienste werden in vielen EU-Ländern bereits in einer sicheren Umgebung angeboten, aber dank der PSD2 werden sie den Verbrauchern jetzt in der gesamten EU unter strengen Sicherheitsanforderungen zur Verfügung stehen. In den Vorschriften sind die Anforderungen an gemeinsame, sichere Standards für die Kommunikation zwischen Banken und FinTech-Unternehmen festgelegt.

Nach Annahme der technischen Regulierungsstandards durch die Kommission haben das Europäische Parlament und der Rat drei Monate Zeit, um diese zu prüfen. Die neuen Vorschriften werden vorbehaltlich des Prüfungszeitraums im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Banken und andere Zahlungsdienstleister haben dann 18 Monate Zeit, um die Sicherheitsmaßnahmen und Kommunikationsinstrumente einzuführen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Fragen und Antworten [Link](#)

Website zu Zahlungsdiensten [Link](#)

Technische Regulierungsstandards der PSD2 für die Kundenauthentifizierung [Link](#)



## Europäische Kommission – Bericht zur Energieunion



Die EU ist auf gutem Weg, die [Energieunion](#) zu verwirklichen. In Deutschland bleibt jedoch der Ausbau des Stromübertragungsnetzes eine wichtige Herausforderung. Das zeigt der am 24. November von der EU-Kommission veröffentlichte dritte Bericht zur Energieunion, der ausführliche Analysen für die 28 Mitgliedstaaten enthält. Nachdem der Schwerpunkt der EU-Förderung für den Netzausbau zuletzt auf Gasprojekten für die Versorgungssicherheit im Baltikum und Südosteuropa lag, investiert die EU jetzt verstärkt in die Stromnetze: Die Kommission hat dazu auch eine neue Liste mit Vorhaben für wichtige Stromverbundnetze vorgestellt. So werden Verbindungsleitungen zwischen Dänemark und Deutschland sowie die Südlink-Windstromleitung als [Projekte von gemeinsamem Interesse](#) durch die EU gefördert.

Ab 2017 konzentriert sich die EU-Förderung mehr auf Projekte in den Bereichen Stromversorgung und intelligente Netze, wobei es darum geht, erneuerbare Energiequellen grenzüberschreitend einzubinden, Innovationen und die Digitalisierung voranzutreiben und das Netz „intelligenter“ zu machen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Die vollständige Pressemitteilung [Link](#)

Den 3. Bericht über die Lage der Energieunion, die 28 Länderberichte und weitere Hintergrundinformationen finden Sie hier [Link](#)

Der länderspezifische Bericht für Deutschland [Link](#)

Fragen und Antworten zu den Vorhaben von gemeinsamem Interesse in den Bereichen Energie und Stromverbundziel [Link](#)

5

## Europäische Kommission – EU-Investitionsoffensive für Drittländer



Die neue EU-Investitionsoffensive für Drittländer nimmt konkrete Gestalt an. Die Kommission hat sich am 23. November auf fünf konkrete Investitionsbereiche, die sogenannten „Investitionsfenster“, geeinigt. Dazu gehören die Bereiche „Nachhaltige Energie“, „Finanzierung von Kleinsten und Mittleren Unternehmen“, „Nachhaltige Landwirtschaft“, „Nachhaltige Städte“ und „Digitale Entwicklung“. Die Investitionsoffensive soll 44 Mrd. Euro für nachhaltige Investitionen in Afrika und den Nachbarländern der EU mobilisieren.

Die europäische Investitionsoffensive für Drittländer (EIP) wurde im September 2016 von Präsident Juncker vorgeschlagen. Ein Jahr später wird nun der Startschuss für die konkrete Umsetzung dieses Plans gegeben.

Zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung wird die Investitionsoffensive eine neue Generation von Finanzinstrumenten – insbesondere Garantien und Instrumente der Risikoteilung – in traditionellere Formen der Unterstützung wie Zuschüsse integrieren und auf die Kombination von Zuschüssen und Darlehen setzen. Umfangreiche technische Hilfe ist vorgesehen, die zur Ausgereiftheit und finanziellen Tragfähigkeit der Projekte und Geschäfte der Begünstigten beitragen wird. Die EU wird zudem ihren Dialog mit den Partnerländern



ausbauen und einen strukturierten Dialog mit der Privatwirtschaft führen, um das Investitionsklima und das Unternehmensumfeld in den Partnerländern zu verbessern. Der innovative und ganzheitliche Ansatz der EIP beruht auf den Mischfinanzierungsinstrumenten der Kommission und den über zehn Jahre gesammelten Erfahrungen im Bereich der Mischfinanzierung. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: EU-Investitionsoffensive für Drittländer: Grünes Licht für die ersten fünf Investitionsbereiche [Link](#)

## Europäische Kommission – Die Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten

Nur durch neue Denkansätze können wir sicherstellen, dass unsere Gesundheitssysteme funktionsfähig bleiben und eine patientenorientierte Versorgung gewährleisten. Dies geht aus den 28 länderspezifischen Gesundheitsprofilen hervor, die die Kommission am 23. November zusammen mit einem Begleitbericht veröffentlicht hat. In den Berichten werden die



Gesundheitssysteme der EU-Mitgliedstaaten eingehend analysiert. Dabei geht es um die Gesundheit der Bevölkerung und wichtige Risikofaktoren sowie die Effizienz, Zugänglichkeit und langfristige Tragbarkeit der Gesundheitssysteme in allen Mitgliedstaaten. Der Bericht für Deutschland zeigt, dass sich der Gesundheitszustand der deutschen Bevölkerung seit dem Jahr 2000 verbessert, dennoch bleiben verhaltensbedingte Risikofaktoren problematisch.

Das Fehlen kontextsensibler umfassender Analysen stellt seit langem ein großes Problem für die Entscheidungsträger in der Gesundheitspolitik dar. Um diese Wissenslücke zu schließen, hat die Kommission in diesem Monat den ersten [Zweijahreszyklus zum Gesundheitszustand](#) in der EU abgeschlossen.



Die länderspezifischen Gesundheitsprofile wurden in Zusammenarbeit mit der [OECD](#) und dem [Europäischen Observatorium für Gesundheitssysteme und Gesundheitspolitik](#) ausgearbeitet. Nachdem die Berichte den Gesundheitsministerien aller EU-Mitgliedstaaten vorgelegt wurden, können die nationalen Behörden diese Berichte eingehender mit Experten der OECD und des Europäischen Observatoriums für Gesundheitssysteme und Gesundheitspolitik erörtern. Dieser freiwillige Meinungsaustausch kann Anfang 2018 beginnen und den Ministerien helfen, die wichtigsten Herausforderungen besser zu verstehen und geeignete politische Lösungen zu entwickeln. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Das deutsche Gesundheitsprofil [Link](#)

Die 28 länderspezifischen Gesundheitsprofile, der Begleitbericht und weitere Hintergrundinformationen finden Sie hier. [Link](#)



## Europäische Kommission - Mitteilung zur GAP nach 2020 vorgelegt

Am 29. November 2017 stellte die Kommission ihre Mitteilung „Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft“ vor, in der einige Eckpunkte für die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2020 aufgezeigt werden. Mit einem neuen Modell zur Umsetzung der GAP soll auf die aktuellen und künftigen Herausforderungen u. a. im Klima- und Umweltschutz reagiert werden. Ebenso soll dieses zu den Prioritäten der Kommission, wie Wachstum, Beschäftigung, Kreislaufwirtschaft, Forschung und Innovation, Digitalisierung und Migration, sowie zu Vereinfachung und Flexibilität der GAP beitragen. Auf europäischer Ebene sollen danach lediglich die Ziele der GAP, grobe Maßnahmenkategorien und grundlegende Anforderungen festgelegt werden, während die Mitgliedstaaten stärker dafür verantwortlich wären, wie sie die Ziele erreichten und die vereinbarten Vorgaben einhielten. Das Augenmerk der Kommission werde weniger auf der Einhaltung von Vorschriften als vielmehr auf der Überwachung der Fortschritte liegen, und die Bereitstellung von Mitteln werde an konkreten Ergebnissen ausgerichtet werden. Die Direktzahlungen sowie die zweite Säule sollen erhalten bleiben. Des Weiteren enthält die Mitteilung auch Überlegungen für eine gerechte und gezieltere Einkommensstützung für Landwirte. Die detaillierten Gesetzgebungsvorschläge sollen direkt nach den Vorschlägen der Kommission für einen neuen Mittelfristigen Finanzrahmen (MFR) noch vor Sommer 2018 vorgelegt werden.

Die komplette Mitteilung „Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft“ finden Sie [hier](#), die Pressemitteilung der EU-Kommission: [hier](#). • ms

## Europäische Kommission – Konsultation zur Europäischen Arbeitsmarktbehörde und zur Europäischen Sozialversicherungsnummer

7

Die EU-Kommission hat am 27. November eine öffentliche Befragung gestartet zur zukünftigen Gestaltung der Europäischen Arbeitsmarktbehörde und zur Einführung einer Europäischen Sozialversicherungsnummer. Die Europäische Arbeitsbehörde soll dafür sorgen, dass die EU-Regelungen zur Mobilität fair und effektiv angewendet werden. Konkret würde die Behörde auf bestehenden Strukturen aufbauen und nationale Verwaltungen, Unternehmen und mobile Arbeitnehmer unterstützen, indem sie für eine engere Zusammenarbeit in Fragen wie grenzüberschreitender Mobilität und Koordinierung der Sozialversicherungssysteme sorgt. Darüber hinaus würden Rechte und Pflichten transparenter. Mit einer Europäischen Sozialversicherungsnummer würden Behördengänge einfacher und moderner. Auch jenseits der Landesgrenzen könnte der Sozialversicherungsstatus rasch überprüft werden.

Beide Initiativen wurden von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner [Rede zur Lage der Union 2017](#) angekündigt. Gesetzgebungsvorschläge für beide Initiativen sind im Arbeitsprogramm der Kommission für 2018 vorgesehen und sollen im Frühjahr 2018 vorgelegt werden. [Die Konsultation läuft bis zum 7. Januar 2018.](#)

16 Millionen Europäerinnen und Europäer leben heute in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen. Das sind doppelt so viele wie vor zehn Jahren. 1,7 Millionen Europäerinnen und Europäer pendeln täglich in einen anderen Mitgliedstaat. Jedes Jahr reisen mehrere Hundert Millionen Menschen aus privaten, touristischen oder geschäftlichen Gründen in andere europäische Länder. Die Bürgerinnen, Bürger und



Unternehmen müssen problemlos auf Informationen zugreifen können und brauchen Gewissheit über ihre Rechte und Möglichkeiten im In- und Ausland. Zugleich müssen die nationalen Behörden nahtlos zusammenarbeiten. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Daily News vom 27. 11. 2017 [Link](#)

Faktenblatt „Eine Europäische Arbeitsbehörde“ [Link](#)

Public consultation on a European Labour Authority and a European Social Security Number (deutsche Fassung des Fragebogens folgt) [Link](#)

## Lebensmittelsicherheit – Öffentliche Konsultation zu Pflanzenschutzmitteln und Pestizidrückständen

Im Rahmen der Überprüfung der Rechtsvorschriften zu Pflanzenschutzmitteln und zu Pestizidrückständen an und in Lebens- und Futtermitteln ruft die Europäische Kommission interessierte Bürgerinnen und Bürger auf, mitzuteilen, was sie über die Stärken und Schwächen der Rechtsvorschriften denken und wie hoch sie den Schutz für Mensch, Tier und Umwelt einschätzen. Die öffentliche Befragung ist Teil einer umfassenderen Konsultationsstrategie, zu der auch Erhebungen bei Interessenträgern und Behörden der Mitgliedsländer gehören. Die Teilnahme an der Konsultation ist noch bis zum 12.02.2018 möglich. Den Fragebogen finden Sie [hier](#). Weiterführende Informationen enthält unter diesem [link](#). • *ms*

8

## Umwelt – Öffentliche Konsultation zu Arzneimitteln in der Umwelt

Eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie soll u. a. die Entwicklung eines strategischen EU-weiten Ansatzes zur Verbesserung der Situation bei Arzneimitteln in der Umwelt fördern. Teil dieser Studie ist eine öffentliche [Umfrage](#), an der interessierte Bürgerinnen und Bürger noch bis zum 21.02.2018 teilnehmen können. Die Kommission möchte Meinungen dazu einholen, welche Maßnahmen zur Bewältigung der von Arzneimitteln ausgehenden Umweltrisiken getroffen werden könnten. In einem Hintergrunddokument werden 30 mögliche politische Strategien vorgestellt, die darauf abzielen, eine umweltfreundlichere und nachhaltigere Verwendung von Arzneimitteln zu erreichen. Die Ergebnisse der Konsultation werden für die Ausarbeitung einer kürzeren Liste von politischen Strategien verwendet, die wiederum eine Grundlage für weitere Vorschläge von Folgemaßnahmen sein kann. Diese werden gegebenenfalls in Folgenabschätzungen analysiert. Eine deutsche Zusammenfassung des Hintergrundpapiers kann [hier](#) herunter geladen werden. Weiterführende Informationen zur Konsultation erhalten Sie unter diesem [link](#). • *ms*





## Ausschuss der Regionen - Schneider stellt Arbeitsprogramm vor

Am 23. November 2017 stellte Staatssekretär Dr. Michael Schneider in der 16. Sitzung der Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regionen, Institutionelle Fragen und Außenbeziehungen (CIVEX) des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) das 6. vorläufige Arbeitsprogramm des Netzwerks für Subsidiarität für das Jahr 2018 vor. Zentrale Initiativen des Arbeitsprogrammes sind (1) die Umsetzung des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft, mit besonderem



Augenmerk auf die Trinkwasserrichtlinie, (2) ein Paket zur sozialen Gerechtigkeit, dessen zentrales Element der Vorschlag zur Einrichtung einer Europäischen Arbeitsmarktbehörde ist, (3) der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) mit einer Perspektive bis ins Jahr 2025, (4) der Katastrophenschutz in der EU und die damit verbundenen speziellen Aufgaben der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, sowie (5) die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, verbunden mit einer Untersuchung möglicher Auswirkungen auf die lokale und regionale Haushaltspolitik.

StS Dr. Schneider betonte die Notwendigkeit eines flexiblen Arbeitsprogrammes, das Reaktionen auf aktuelle politische Entwicklungen ermöglicht. Als zusätzliche Initiativen implementiert sind: (1) Weniger aber effizienteres Handeln in der europäischen Politik, (2) eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft, (3) Folgemaßnahmen zur Eignungsprüfung der Umweltüberwachung und Umweltberichterstattung, (4) die Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda, und (5) die Überprüfung der EU-Lebensmittelversorgungskette.

Jüngst hatte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker eine Task Force „Weniger aber effizienteres Handeln in der EU-Politik“ („doing less more efficiently“) ins Leben gerufen, welche sich mit zentralen Belangen der Subsidiarität in der EU-Rechtssetzung beschäftigt. Von den insgesamt neun Mitgliedern der Task Force werden drei vom AdR besetzt werden. Benannt sind neben StS Dr. Schneider, der Präsident des AdR Karl-Heinz Lambertz und der ehemalige CIVEX-Vorsitzende François Decoster. Zudem lud StS Dr. Schneider die Mitglieder der Fachkommission zur 8. Subsidiaritätskonferenz in Wien am 4. Dezember 2017 ein.

Weitere Themen der Sitzung der Fachkommission waren die Europäische Bürgerinitiative, die Europäische Migrationsagenda und Cyberkriminalität als Herausforderung für lokale und regionale Gebietskörperschaften der EU. • vh

Bildquelle: AdR



## Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Europäisches Semester - Wirtschaftliche und soziale Prioritäten für 2018

Die Europäische Kommission hat am 22. November die wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten der EU für das kommende Jahr dargelegt, Politikempfehlungen für das Eurogebiet abgegeben und ihre Bewertung der Haushaltsplanung der Euro-Mitgliedstaaten vorgelegt. Die Wirtschaft des Eurogebiets wächst so rasch wie seit zehn Jahren nicht mehr, die Beschäftigung erreicht Rekordstände. Die Haushaltsdefizite sind stark zurückgegangen. In einigen Staaten bleiben jedoch die Schuldenstände hoch. In Frankreich, Belgien, Italien, Portugal, Slowenien und Österreich besteht das Risiko, dass die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts für 2018 nicht erfüllt werden. Im Falle Italiens gibt die anhaltende hohe Staatsverschuldung zur Sorge Anlass. In Spanien deutet sich an, dass das Defizitziel verfehlt wird. Deutschland erfüllt die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts, verzeichnet jedoch weiter makroökonomische Ungleichgewichte durch einen hohen Leistungsbilanzüberschuss.



Eine robuste Konjunktur im Eurogebiet und in der EU, Rekordbeschäftigungsstände und Arbeitslosenquoten, die auf Vorkrisenwerte zurückgehen, bilden den Rahmen für die neue Runde des Europäischen Semesters der wirtschafts-, haushalts- und sozialpolitischen Koordinierung (2018). Da alle Mitgliedstaaten an diesem starken Wachstumsimpuls Anteil haben, muss nun in allererster Linie sichergestellt werden, dass dieser Trend anhält und allen Teilen der Gesellschaft zugute kommt. Neben einer verantwortungsvollen Finanzpolitik sollten Strukturreformen durchgeführt und in erster Linie darauf gerichtet werden, die Voraussetzungen für eine weitere Ankurbelung der Investitionen zu schaffen und das Reallohnwachstum zu steigern, um die Binnennachfrage zu stützen.

Das vorgelegte Paket beruht auf der [Herbstprognose 2017 der Kommission](#) und den von Präsident Juncker in seiner [Rede zur Lage der Union 2017](#) genannten Prioritäten. Es spiegelt auch den unlängst beim [Göteborger Sozialgipfel](#) proklamierten Europäischen Pfeiler sozialer Rechte wider.

Die Kommission fordert den Rat auf, das Paket zu erörtern und die aktuell vorgelegten Leitlinien zu billigen und hofft auf eine ergiebige Debatte mit dem Europäischen Parlament über die politischen Prioritäten für die EU und den Euroraum. • *eag Quelle: PM KOM*

Für weitere Informationen siehe:

Jahreswachstumsbericht 2018 [Link](#)

Warnmechanismusbericht 2018 [Link](#)

Empfehlung für das Euro-Währungsgebiet 2018 [Link](#)

Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts 2018 [Link](#)

Änderungsvorschlag beschäftigungspolitische Leitlinien [Link](#)

Mitteilung zu den Übersichten über die Haushaltsplanung im Euro-Währungsgebiet [Link](#)



## Frauen in Führungspositionen



Die EU-Kommission unter Präsident Juncker will mit gutem Beispiel vorangehen und den Anteil von Frauen in den kommissionsinternen Führungspositionen erhöhen. Bis zum Ende der laufenden Amtszeit sollen mindestens 40 Prozent der mittleren und höheren Führungspositionen von Frauen besetzt sein. Laut am 22. November vorgelegter Zahlen nähert sich Kommission kontinuierlich ihrem Ziel. Demzufolge waren

am 1. November 2017 36 Prozent der Führungskräfte auf allen Ebenen Frauen – gegenüber 30 Prozent zu Beginn der Amtszeit.

Auf der höheren Führungsebene (Direktoren, stellvertretende Generaldirektoren und Generaldirektoren) sind die Fortschritte sogar noch stärker ausgeprägt: Hier stieg der Frauenanteil von 27 Prozent am 1. November 2014 auf 35 Prozent. Auf der mittleren Führungsebene (Referatsleiter) sind 37 Prozent der Führungskräfte Frauen - im Vergleich zu 31 Prozent, als die Kommission Juncker ihr Amt angetreten hat.

Die Fortschritte sind einer Reihe von Maßnahmen zu verdanken, die die Kommission seit Beginn ihrer Amtszeit ergriffen hat:

- Maßnahmen zur Ermittlung, Entwicklung und Unterstützung weiblicher Talente, gezielte Schulungen und Mentoring;
- spezifische Managementprogramme und Unterstützung für bestehende und neue Netzwerke für Frauen im Rahmen der [Strategie Vielfalt und Inklusion](#), die im Sommer 2017 angenommen wurde;
- Festlegung [individueller Ziele](#) für alle Abteilungen der Kommission in Bezug auf die erstmalige Ernennung eines/einer Bediensteten zum Referatsleiter bzw. zur Referatsleiterin. Aus den aktuellen Daten geht hervor, dass unsere Abteilungen auf dem richtigen Weg sind, um ihre Ziele zu erreichen.

Dies ist Teil der umfassenden Strategie der Kommission zur Gleichstellung der Geschlechter. Der [Aktionsplan 2018-2019 zum Abbau des geschlechtsspezifischen Lohngefälles](#) sieht unter anderem Maßnahmen vor, die darauf zielen, die „gläserne Decke“ zu durchbrechen; zu diesem Zweck sollen Projekte zur Schaffung eines ausgewogeneren Verhältnisses der Geschlechter auf allen Führungsebenen in Unternehmen finanziert und die Regierungen und Sozialpartner aufgefordert werden, ein ausgewogeneres Verhältnis von Frauen und Männern in Entscheidungsprozessen zu gewährleisten. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Vielfalt und Inklusion – Pressemitteilung [Link](#)

Aktionsplan zum Abbau des geschlechtsspezifischen Lohngefälles [Link](#)

Special Eurobarometer on gender equality in the EU [Link](#)



## EU und östliche Partnerländer vertiefen Beziehungen



**EaP** | Eastern Partnership Summit 2017



In Brüssel fand am 24. November das 5. Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft statt. Die Staats- und Regierungschefs der EU und der sechs Partnerstaaten Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, die

Republik Moldau und die Ukraine haben ihre Ziele für die Zusammenarbeit bis 2020 zum Nutzen der Menschen vereinbart.

Die Östliche Partnerschaft wurde 2009 ins Leben gerufen. Die EU strebt mit allen sechs Ländern – unabhängig von den individuellen Zielen ihrer Beziehungen zur EU – eine solide, differenzierte Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil an.

Die EU hat ihr Engagement für die [Zivilgesellschaft](#) und [junge Menschen](#) verstärkt, dazu beigetragen, das [Geschäfts-](#) und [Medienumfeld](#) in der Region zu verbessern und die [Digitalwirtschaft](#) zu entwickeln. Die Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union und der Region, ins Ausland zu reisen, zu forschen oder zu studieren, wurden deutlich erweitert.

Die Östliche Partnerschaft ist nicht gegen irgendein Land gerichtet. Sie ist eine gemeinsame Initiative der Europäischen Union und der sechs Partnerländer. Sie wurde niemandem aufgezwungen; die Länder können bestimmen, in welchem Maß sie sich einbringen und wie umfassend ihre Bestrebungen sind. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Was ist die Östliche Partnerschaft? [Link](#)

10 Mythen um die Östliche Partnerschaft [Link](#)

Schlussfolgerung des Gipfels der Östlichen Partnerschaft [Link](#)

Faktenblatt über die 20 Ziele der Östlichen Partnerschaft bis 2020 [Link](#)

Tagungsseite des Rates zum 5. Gipfel der Östlichen Partnerschaft [Link](#)

## rescEU -Neues europäisches System zur Bewältigung von Naturkatastrophen

Waldbrände, Stürme, Fluten und Erdbeben – angesichts der immer komplexeren und häufigeren Naturkatastrophen will die EU-Kommission, dass alle betroffenen EU-Staaten in Zukunft schnell und unkompliziert Hilfe erhalten. Sie hat dazu am 23. November einen Vorschlag vorgelegt, mit dem sie das bestehende System überarbeiten und eine neue europäische Reserve von Katastrophenschutzkapazitäten (rescEU) einrichten sowie Naturkatastrophen EU-weit besser vorbeugen will. Allein 2017 starben in der EU 200 Menschen bei Naturkatastrophen und mehr als eine Million Hektar Wald wurde vernichtet.

Der Vorschlag der Kommission beruht auf zwei einander ergänzenden Aktionsfeldern:

### 1. Stärkung der europäischen Kapazitäten für die Katastrophenabwehr: rescEU

rescEU wird Ressourcen wie Löschflugzeuge und Wasserpumpen umfassen, die die nationalen Kapazitäten ergänzen. Alle Kosten und Kapazitäten von rescEU sollen vollständig von der Europäischen Union finanziert werden, wobei die Kommission die operative Kontrolle über die Ressourcen behält und auch über ihren Einsatz entscheidet.

Außerdem wird die Kommission, die bisher nur die Transportkosten übernommen hat, durch Finanzierung von Anpassungs- Reparatur-, Transport- und Betriebskosten die Mitgliedstaaten bei der Stärkung ihrer nationalen Kapazitäten unterstützen. Die entsprechenden Kapazitäten



sollen dann Teil des Europäischen Katastrophenschutz-Pools sein und im Katastrophenfall zur Verfügung gestellt werden.

## 2. Verstärkte Katastrophenprävention und -vorsorge

Mitgliedstaaten sollen ihre nationalen Strategien zur Katastrophenprävention und -vorsorge austauschen, um mögliche Lücken zu ermitteln und zu beseitigen. Die EU-Kommission will Abstimmung und Kohärenz mit bestehenden EU-Politikbereichen verbessern, in denen die Katastrophenprävention und -vorsorge ebenfalls ein Thema ist. Hierzu gehören beispielsweise die EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel, die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds, der Solidaritätsfonds, Umweltvorschriften (z. B. Pläne für das Hochwassermanagement und ökosystembasierte Lösungen), Forschung und Innovation sowie Maßnahmen zur Bewältigung schwerwiegender grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren. Außerdem sollen Verwaltungsverfahren gestrafft werden, um den Zeitaufwand für die Bereitstellung lebensrettender Hilfe zu reduzieren.

Das Katastrophenschutzverfahren der EU stützt sich derzeit auf ein freiwilliges System, über das die EU die freiwilligen Beiträge der teilnehmenden Staaten koordiniert und dem Land, das um Unterstützung ersucht hat, zur Verfügung stellt. Die Koordinierung der Hilfsangebote ist Aufgabe des europäischen Zentrums für die Koordinierung von Notfallmaßnahmen mit Sitz in Brüssel.

Am EU-Katastrophenschutzverfahren beteiligen sich neben sämtlichen EU-Mitgliedstaaten auch Island, Norwegen, Serbien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und die Türkei. Auch die Teilnahme an rescEU soll diesen Ländern als Zeichen der europäischen Solidarität angeboten werden. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Vollständige Pressemitteilung [Link](#)



## Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

### Europawoche 2018 - jetzt schon vormerken

Jedes Jahr im Mai findet zeitgleich in allen deutschen Bundesländern die Europawoche statt und umrahmt die beiden bekannten Europatage - den 5. Mai als Gründungstag des Europarates sowie den 9. Mai als Robert-Schuman-Tag, den Ehrentag der EU. Die Europawoche 2018 wird in der Zeit vom 2. bis 15. Mai durchgeführt. Während der Europawoche werden in ganz Sachsen-Anhalt unterschiedlichste Veranstaltungen mit europäischem Bezug angeboten, an denen die Bürgerinnen und Bürger teilnehmen können. Dabei werden aktuelle europäische Fragen thematisiert und diskutiert.

Die folgenden Themenschwerpunkte stehen in der Europawoche 2018 im Fokus:

- Zukunft der EU- Zukunft Europas
- Wie weiter mit dem Brexit?
- Europäisches Jahr des kulturellen Erbes 2018
- Flucht und Migration im 21. Jahrhundert - Europas Verantwortung in der Welt
- Leben, Lernen und Arbeiten in der EU
- Die Förderperiode 2014 bis 2020 - EU-Förderprogramme für Sachsen-Anhalt nutzen
- Europäische Lösungsansätze für globale Herausforderungen wie Klimawandel, Ressourcenknappheit, demografischer Wandel und Armutsbekämpfung



14

Die Gesamtverantwortung für die Europawoche in Sachsen-Anhalt liegt in der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur beim Referat EU-Angelegenheiten. Das Team von GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum beim DRK Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. unterstützt erneut die Organisation und Durchführung der Europawoche (Tel.: 0391/61068976, E-Mail: [info@goeurope-lsa.de](mailto:info@goeurope-lsa.de)).

Das Ankündigungsschreiben von Europaminister Rainer Robra und alle Informationen zur Europawoche 2018 finden Sie auf der Webseite von GOEUROPE!: <http://www.goeurope-lsa.de/europawoche> oder auf [www.europa.sachsen-anhalt.de](http://www.europa.sachsen-anhalt.de)

### Europa zu Gast in Sachsen-Anhalt – Study Visit der EU Service-Agentur

Im Rahmen der „Dreieckspartnerschaft“ der EU Service-Agentur mit der Regionalen Entwicklungsagentur Masowiens (Polen) und dem ungarischen Komitat Hajdú-Bihar (ein „Landkreis“ in der Region Eszak-Alföld) finden regelmäßige „Study Visits“ statt. Ziel dieser zwei- bis dreitägigen Veranstaltungen ist es, potentielle Projektpartner aus Masowien, Hajdú-Bihar und Sachsen-Anhalt zusammenzubringen, um gemeinsam Ideen für die Durchführung von europäischen Kooperationsprojekten (z. B. ERASMUS+, Europa für Bürgerinnen und Bürger,



Interreg, LEADER transnational etc.) zu entwickeln. Der Fokus liegt dabei insbesondere auf Akteuren aus dem kommunalen Umfeld.



Am zweiten Tag der Study Visit besuchte die Delegation diverse Projekte der Leader-Förderung im Magdeburger Umland

Der diesjährige Study Visit fand am 14./15. November 2017 in Magdeburg statt und gliederte sich in einen eintägigen Projektentwicklungsworkshop sowie eine Projektbesichtigungstour im Magdeburger Umland. Auf die insgesamt 25 Teilnehmenden aus Masowien, Hajdú-Bihar und Sachsen-Anhalt wartete somit ein anspruchsvolles Programm, welches viel Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch sowie zur Entwicklung ganz konkreter Projektansätze ließ. Bester Beweis dafür sind die sechs Projektideen, die am Ende des Projektentwicklungsworkshops zu

Papier gebracht werden konnten. Interessant ist vor allem auch die thematische Breite der hier skizzierten Kooperationsvorhaben. So reicht diese von der Vermarktung regionaler Produkte über diverse Bildungsthemen bis hin zur Bearbeitung komplexer energetischer Fragestellungen. Aufgabe der kommenden Wochen wird es sein, diese gemeinsam entwickelten Projektideen – mit Unterstützung der EU Service-Agentur – zur Antragsreife zu bringen und somit einen weiteren wichtigen Beitrag zur Vertiefung der transnationalen Kooperationsaktivitäten sachsen-anhaltischer Kommunen zu leisten.

Daniel Gerlich, EU Service-Agentur  
Fotos: EU Service-Agentur



Im Rahmen eines Workshops konnten sechs Projektideen generiert werden.

## Rückblick: Herbsttreffen der Kooperationsplattform der EU-Akteure im Land



Am 21. November lud die EU Service-Agentur Sachsen-Anhalt zum Herbsttreffen der „Kooperationsplattform“ in das Bio-Zentrum Halle im Technologiepark Weinberg Campus Halle (Saale) ein. Knapp 40 Akteure aus Kommunen und Ministerien, Verbänden, Vereinen und Kammern sowie Unternehmen tauschten sich zu den EU-Themen aus. Unter anderem gab es ein Impulsreferat zum Erasmus+ - Projekt „Embedding Entrepreneurship Education“ (EEE).

Mit diesem Projekt soll das Unternehmertum in Hochschulen weiter vorangebracht werden.



Das Besondere bei diesem Projekt: es werden Entrepreneurship-Kurse, verschiedene Handbücher zum Thema Gründung sowie eine Reihe weiterer Ressourcen im Rahmen einer strategischen Partnerschaft mit Partnern aus fünf EU-Ländern erarbeitet. Florian Bratzke von der Univations GmbH, Leiter für das Projekt EEE, stellte Details bei dem Herbsttreffen der „Kooperationsplattform“ vor.

Darüber hinaus berichtete Dr. David Fenner, Landesvertreter Sachsen-Anhalts bei der Europäischen Union in Brüssel, zu den aktuellen Diskussionen um die Zukunft der Kohäsionspolitik. Er ging dabei insbesondere auf Anforderungen und Auswirkungen auf die kommunale Ebene ein. Aktuell bringen die Regionen Europas ihre spezifischen Interessen in die EU-weite Diskussion über die Ausgestaltung der EU-Kohäsionspolitik im Förderzeitraum nach 2020 ein. Sachsen-Anhalt profitiert(e) bisher in hohem Maße von den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF).



Alle Präsentationen und sowie weitere visuelle Eindrücke finden Sie unter: <https://www.eu-serviceagentur.de/termine-veranstaltungen/termin/?uid=556>

Fotos: Jakob Adolphi

## Deutsche Kontaktstelle bietet Informationen an - EU fördert auch Projekte von Bürgerinnen und Bürgern



Das EU -Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ bietet finanzielle Unterstützung für bürgernahe Projekte in Europa, wie internationale Begegnungen, Austausch- oder Kooperationsprojekte mit europäischen Partnern.

Die deutsche Kontaktstelle für das Programm (KS EfBB) informiert darüber, welche Möglichkeiten der Förderung es gibt und welche Anträge dafür gestellt werden müssen. Ein Weg sind Informationsveranstaltungen an verschiedenen Orten. Zwei davon finden zum Beispiel am 1. Dezember statt: In Neuss geht es um eine Einführung in das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, es werden Beispiele geförderter Projekte vorgestellt. In Erfurt lautet der Titel „Bürgerschaftliches Engagement und Entwicklungspolitik im europäischen Kontext“. Die Kontaktstelle betreut Interessierte auch während der Antragstellung. Dazu fand etwa am 29. November ein Seminar in Bonn statt. • *eag Quelle: EU Nachrichten 19/17*

Veranstaltungen der Kontaktstelle Deutschland [Link](#)

Den [Link](#) zu Magdeburg finden Sie hier





## Digitale Aspekte der intelligenten Spezialisierung europäischer Regionen: Das Beispiel der Kreativwirtschaft in Sachsen-Anhalt

Am 27. November haben Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft am Beispiel der Kreativwirtschaft in der Landesvertretung Brüssel aktuelle Themen der Umsetzung von regionalen Innovationsstrategien (RIS) diskutiert. Sie haben dabei die Chancen und Herausforderungen der intelligenten Spezialisierung europäischer Regionen insbesondere im Kontext der Digitalisierung beleuchtet. Ziel der Veranstaltung war es, direkten Kontakt mit europäischen Akteuren und einen fachlichen Austausch zu ermöglichen.



Staatssekretär Dr. Jürgen Ude vom Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung betonte zu Beginn die Bedeutung der technologieorientierten Existenzgründung in Sachsen-Anhalt im Kontext des Digitalisierungsvorhabens Industrie 4.0. Insbesondere sei die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen vonnöten, um einen effektiven Wissenstransfer zu den Unternehmen zu ermöglichen.

Kai Stryczynski hob aus Sicht der GD Regionalpolitik der Kommission die besondere Rolle der regionalen Entscheidungsträger in der eigenständigen Festlegung strategischer Investitionsschwerpunkte im Rahmen der RIS hervor. Durch die Aufnahme der Kreativwirtschaft als Querschnittsthema in der RIS ergeben sich für Sachsen-Anhalt mannigfaltige europaweite Kooperationsmöglichkeiten, da zahlreiche andere Regionen dieses Thema als RIS-Schwerpunkt identifiziert haben.

Dr. Franziska Krüger vom Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung stellte sodann auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) fokussierte Landesinitiativen zur Förderung der Kooperation mit anderen Akteuren in der Kreativwirtschaft vor. Zu nennen sei insbesondere das Cross Innovation-Programm Sachsen-Anhalts, das in Deutschland bislang einzigartig sei. Ziel der Förderrichtlinie sei es, die Vernetzung zwischen den KMU voranzutreiben.

Stefan Haberkorn, Geschäftsführer des Softwareentwicklers Visual Impression schloss an die Ausführungen zum Cross Innovation-Programm an, um die hohe Praxisrelevanz des Vorhabens darzustellen. Das Programm ermögliche Unternehmen die strategische Weiterentwicklung, für die aufgrund des zeitintensiven Tagesgeschäfts sonst keine Kapazitäten bestünden.

Pierre Commandeur, Beauftragter für Digitalwirtschaft der Region Centre-Val de Loire, führte zur neuen digitalen Strategie seiner Region aus. Er wies auf die gesellschaftliche Dimension der Digitalisierung hin und unterstrich die Notwendigkeit eines breiten Ansatzes, um die Akteure in allen Gebieten der Region mitzunehmen. Die Strategie sehe daher unter anderem eine Reihe an Initiativen vor, um interessierten Bürgerinnen und Bürgern digitale Kompetenzen zu vermitteln und insbesondere in KMU eine Kultur der Digitalisierung zu fördern.



In der anschließenden Diskussion wurde unter anderem deutlich, dass Sachsen-Anhalt bei vielen Themenbereichen ein hohes Innovationspotenzial aufweist. Dies wird insbesondere durch den strategischen Ansatz der RIS verdeutlicht, deren Kernanliegen darin besteht, innovationsaktive Unternehmen weiter zu stärken und gezielt Innovationspotenzial zu heben. Die dort herausgehobenen Querschnittsfelder Kreativwirtschaft und digitale Informations- und Kommunikationstechnologien wirken als Impulsgeber in alle Branchen hinein und sind unabdingbare Partner im digitalen Wandel der Wirtschaft. • *df*  
Fotos: Valentin Heller





## Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Europa.Medien.Preis Sachsen-Anhalt - Online-Voting

Derzeit läuft das Online-Voting zum Europa.Medien.Preis Sachsen-Anhalt 2017. Von allen eingesendeten Beiträgen hat die Jury die sieben besten ausgesucht und ins Rennen um den Online-Voting-Preis geschickt. Nun kann jeder für seinen Favoriten stimmen. Die Abstimmung läuft noch bis zum 4. Dezember 2017. Die Preisverleihung findet am 8. Dezember im Palais am Fürstenwall in Magdeburg statt. Dort werden die Sieger/innen in den Kategorien Jurypreis, Online-Voting-Preis und Publikumspreis ausgezeichnet und erhalten ein Preisgeld von je 1.000 Euro.



Alle Informationen zum Europa.Medien.Preis Sachsen-Anhalt und zum Online-Voting finden Sie unter [www.europamedienpreis.de](http://www.europamedienpreis.de)



# Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

## Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche

Projektname Programm Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Erasmus+ KA1  France	Jean-Christophe Dambreville Erasmus+ coordinator <a href="mailto:jean-christophe.dambreville@lh53.eu">jean-christophe.dambreville@lh53.eu</a>	Lycée professionnel Haute Follis, a vocational secondary school from Pays de la Loire, is searching for partners, not necessarily an academic one, to submit a project proposal within the ERASMUS+ 2018 call : "Key action 1- Mobility of Vocational training". Their goal is to ensure the mobility and professional training of students in the fields of : <ul style="list-style-type: none"> <li>• Administration-management,</li> <li>• Machining technician,</li> <li>• Services to the person and caring,</li> <li>• Catering, restaurant and hotel services.</li> </ul> For this purpose, they are looking into identifying and taking early contacts with a school, a college, an association, a community or a city having local networks with whom they could cooperate. Its role would be to develop relationships between Haute Follis and professional structures and find work places which could welcome their students during their internships.
Erasmus+ KA1  Germany	Mr. Knut Gunnemann Technisches Bildungszentrum Mitte Berufsbildende Schule für Elektro-, Fahrzeug- und Metalltechnik An der Weserbahn 4 D-28195 Bremen Sekretariat : +49 / (0)421 / 361-16770 Fax : +49 / (0)421 / 361-3077 E-Mail: <a href="mailto:internationales@tbz-bremen.de">internationales@tbz-bremen.de</a> <a href="http://www.tbz-bremen.de">http://www.tbz-bremen.de</a>	The "Technische Bildungszentrum Mitte", a public vocational training institution in Bremen, Germany, is looking for partners especially from Spain, but also from other regions who are interested in a cooperation, to take part in a project in the Erasmus+ programme, Key action 1 "Learning mobility of individuals". The trainees at the age of 16-22 in Bremen are working in a variety of industry branches, for instance in the automotive, railway maintenance, steel production and windpower sectors. Like in the regions of northern Spain, in Bremen several shipyards closed over the last 20 years due to the economic development. The workers who were set free diverged into



		<p>numerous other industry branches. The project - which is called "Coastline" - wants to bring young students together to make them understand what happened to those regions and its workers in the mechatronic industries during these years.</p>
--	--	--



### GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches  
Rotes  
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Christmas, Noël, Navidad, Jul – in ganz Europa wird auf verschiedene Art und Weise Weihnachten gefeiert und in zahlreichen Ländern sind Weihnachtsmärkte zu einem festen Bestandteil der vorweihnachtlichen Zeit geworden. In Sachsen-Anhalt, wie auch in vielen weiteren Regionen, laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren, denn die Eröffnung zahlreicher Weihnachtsmärkte steht diese Woche an. Also viel Spaß mit den GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche.

- 1) Weihnachtsmärkte sind in Europa weit verbreitet und im großen Umfang auch in nahezu jeder größeren Stadt zu finden. Als Ursprungstädte des Weihnachtsmarktes in Deutschland gelten die mitteldeutschen Städte Dresden und Bautzen. Wann haben die ersten Weihnachtsmärkte in diesen Städten stattgefunden?
  - a) In den Jahren 1087 und 1162
  - b) In den Jahren 1225 und 1249
  - c) In den Jahren 1384 und 1434



- 2) Der Weihnachtsbaum, ein Brauch zur Weihnachtszeit, der sich im 19. Jahrhundert von Deutschland aus in alle Welt verbreitete, ist natürlich auch auf den Weihnachtsmärkten nicht mehr wegzudenken. Der höchste Weihnachtsbaum stand letztes Jahr mit 18 Metern auf dem Weihnachtsmarkt in Magdeburg, aber in welcher Stadt in Sachsen-Anhalt gab es 2016 den ältesten Weihnachtsbaum?
- a) Halle
  - b) Wittenberg
  - c) Dessau
- 3) Weihnachtsmärkte gibt es überall in Europa und doch unterscheiden sich viele von ihnen durch eigene Traditionen und Besonderheiten. In welcher europäischen Stadt wird jedes Jahr auf dem Weihnachtsmarkt das „Dorf des Teilens“ aufgebaut, in dem die Einwohner der Geschenke und Geld an Bedürftige spenden?
- a) Brügge
  - b) Kaunas
  - c) Straßburg



Antworten:

1) Antwort C):

Auch wenn es lange Zeit unklar war, welche sächsische Stadt den Titel „ältester Weihnachtsmarkt Deutschlands“ besitzt, die Ursprünge des Weihnachtsmarktes in Deutschland lassen sich auf das 14. und 15. Jahrhundert datieren. Nach gegenwärtigen Erkenntnissen ist Bautzen die deutsche Stadt mit dem ältesten Weihnachtsmarkt, welcher erstmalig im Jahr 1384, damals noch als Fleischmarkt abgehalten wurde. Der berühmte Striezelmarkt in Dresden landet mit dem Ursprungsjahr 1434 auf Platz zwei. Der weltweit älteste Weihnachtsmarkt fand übrigens im österreichischen Wien im Jahr 1296 statt.

(Quelle: Rekord Institut Deutschland, 21.11.2017. URL:

<http://rekord-institut.org/bautzen-aeltester-weihnachtsmarkt-deutschlands/>)

2) Antwort B):

Von den Weihnachtsmärkten in Sachsen-Anhalt hatte die Lutherstadt Wittenberg mit einer 60-70 Jahre alten Tanne den ältesten Baum Weihnachtsbaum in Sachsen-Anhalt.

(Quelle: Rekord Institut Deutschland, 21.11.2017. URL:

<https://www.mdr.de/umschau/umschau-exklusiv-groesster-weihnachtsbaum-100.html>)

3) Antwort C):

Das "Dorf des Teilens" ist seit vielen Jahren das Highlight auf dem Weihnachtsmarkt in Straßburg, welcher mit 300 Ständen und 2 Millionen Besuchern jedes Jahr auch zu den größten Weihnachtsmärkten gehört.

Interesse daran europäische Weihnachtsbräuche und -traditionen in anderen Ländern, beispielsweise im Rahmen eines Freiwilligendienstes zu erleben und kennen zu lernen? GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum informiert Sie gern über Mobilitätsmöglichkeiten in Europa und weltweit.





# Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt  
bei der Europäischen Union  
80, Boulevard Saint Michel  
B – 1040 Brüssel  
Belgien

E-Mail-Adresse

[sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](mailto:sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de)

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

## Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Dr. Henrike Franz (HF)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	<a href="#">E-Mail</a>
Carmen Johannsen (Jo)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	<a href="#">E-Mail</a>
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	<a href="#">E-Mail</a>
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	<a href="#">E-Mail</a>
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	<a href="#">E-Mail</a>
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	<a href="#">E-Mail</a>
Andreas Schweitzer (AS)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	<a href="#">E-Mail</a>
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	<a href="#">E-mail</a>
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	<a href="#">E-Mail</a>
Ulrike Goldfriedrich (UG)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	<a href="#">E-Mail</a>
Dr. Martina Barth (MB)	Hospitantin	...16	<a href="#">E-Mail</a>
Benjamin Vogel (BV)	Praktikant	...22	<a href="#">E-Mail</a>
Valentin Heller (VH)	Praktikant	...22	<a href="#">E-Mail</a>

[Zurück zur Übersicht](#)



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

## Impressum

### Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der  
Europäischen Union  
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

### Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

### Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben  
oder Quelle: Internet

### Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

